

Westen stützt Diktator

Arnold Schölzel

Die Massenproteste gegen Ägyptens Staatschef Hosni Mubarak rufen in Deutschland, der EU und den USA kolonialistische Reflexe wach. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder, entzog den Demonstranten des Nillandes sein Vertrauen und erklärte am Montag in Bild: »Wofür die Opposition in Ägypten eigentlich steht, ist derzeit völlig unklar. Es ist fraglich, ob nicht die Muslim-Bruderschaft oder andere Islamisten von den Protesten profitieren - und das Land in eine andere Richtung steuern, als wir es wünschen.« Diesem sich etwas wünschenden »Wir« fühlte sich auch der Fraktionschef der Bürgerrechts- und Kriegspartei Bündnis90/Die Grünen, Jürgen Trittin, zugehörig. Er sagte dem Boulevardblatt: »Je schneller Ägypten zu Demokratie, wirtschaftlicher Entwicklung und sauberer Regierung zurückfindet (!), umso schlechter sind die Chancen für Islamisten. Deshalb ist eine zügige Machtübergabe Mubaraks an eine neue, demokratisch gewählte Regierung dringend notwendig.«

Die westliche Gebetsmühle »Islamismusgefahr« drehte sich auch in anderen westlichen Hauptstädten und in Israel. Regierungschef Benjamin Netanjahu, der seinen Ministern öffentliche Äußerungen zu den Vorgängen im Nachbarland verboten hatte, verschickte laut einem Bericht der israelischen Zeitung Haaretz eine geheime Mitteilung an die USA und europäische Länder, in der diese zur Unterstützung der Mubarak-Diktatur aufgefordert wurden. Es sei »im Interesse des Westens« und des »gesamten Nahen Ostens, die Stabilität des ägyptischen Regimes aufrechtzuerhalten«, zitierte Haaretz aus dem Papier. »Folglich muß jede öffentliche Kritik an Präsident Hosni Mubarak gebremst werden«, hieß es demnach in dem Schreiben, über das auch der israelische Militärrundfunk berichtete. Die Mitteilung wurde demzufolge Ende vergangener Woche übermittelt. Laut Haaretz schickte das israelische Außenministerium entsprechende Anweisungen auch an rund ein Dutzend seiner Botschaften in den USA, Kanada, China und in Europa.

Unisono reagierten westliche Offizielle darauf am Montag mit diskreten Warnungen an Mubarak, er könne für »Instabilität« verantwortlich gemacht werden. So erinnerte US-Außenministerin Hillary Clinton an die iranische Revolution von 1979 und warnte davor, daß eine kleine Gruppe, die nicht die Vielfalt der ägyptischen Gesellschaft widerspiegele, die Macht übernehmen und den Menschen ihre Ideologie aufzwingen könnte. Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP) erklärte, Gewalt führe langfristig zur Destabilisierung. Ähnlich warnte Grünen-Chefin Claudia Roth vor einer »perfiden Chaosstrategie« Mubaraks.

Die Linkspartei-Vorsitzende Gesine Löttsch machte dagegen den Westen mitverantwortlich für dessen Regime. Das Wohlwollen Mubaraks sei von den Industrieländern mit finanziellen Mitteln erkaufte worden, um den Zugang zu den Ölvorkommen in der Region nicht zu gefährden. Sie forderte EU und insbesondere Deutschland auf, »ihre Doppelmoral gegenüber arabischen Staaten aufzugeben«.

In Ägypten schloß sich die Opposition unter Führung von Friedensnobelpreisträger Mohamed ElBaradei einem Streikaufruf von Arbeitern in Suez an und kündigte für den heutigen Dienstag einen Generalstreik bis zum Rücktritt Mubaraks an. Zusätzlich wurde für heute in Kairo und Alexandria zu einem »Marsch der Millionen« aufgerufen. Mubarak entließ am Montag unter anderem den verhaßten Innenminister Habib Al-Adli und bildete das Kabinett um.